

Wird die Edisonstraße zur Dauerbaustelle?

Wenn Bürgerbeteiligung erst initiiert und dann missachtet wird



Um es gleich festzuhalten: Nein, die Edisonstraße wird höchstwahrscheinlich nicht zur Dauerbaustelle werden. Aber die Edisonstraße wird auf unabsehbare Zeit ihr Gesicht nicht verändern, obwohl genau dies der Wunsch der Anwohnerinnen und Anwohner war.

Waren Sie damals dabei? Nachdem im Dezember 2017 die Minna-Todenhagen-Brücke eröffnet wurde, organisierte die Senatsverkehrsverwaltung unter Führung von Senatorin Günther (Grüne) einen großen Bürgerbeteiligungsprozess. Bis März 2018 wurde zu mehrere Veranstaltung geladen. Im Ergebnis wurden zahlreiche sehr gute Wünsche der Bürgerinnen und Bürger gesammelt, abgewogen und zur Umsetzung vorgeschlagen. Doch ein Blick in die wieder freigegebene Edisonstraße zeigt, dass fast nichts umgesetzt wurde.

Im Rahmen einer schriftlichen Anfrage hinterfragte ich detailliert diese Nicht-Umsetzung des Willens der Bürgerinnen und Bürger. Unter anderem wollte ich wissen, weshalb für die Straßenbahn kein grünes Gleis errichtet, keine Bäume gepflanzt wurden, und auch die angedachte

Straßenbahnhaltestelle am Griechischen Platz im Rahmen der jetzigen Baumaßnahmen nicht gebaut wurde. Die Antworten waren eine Frechheit. So hieß es u.a.:

"Aufgrund des akuten Sanierungsbedarfs der Gleisanlagen der BVG, war ein Aufschub der Gleisbauarbeiten und eine gleichzeitige Umsetzung beider Baumaßnahmen nicht möglich. [...] Die Gleisbauarbeiten wurden aber mit den bisher vorliegenden Planungen zur Straßenraumumgestaltung abgestimmt und stehen nicht im Konflikt zu den späteren Querschnittsumbauten in der Edisonstraße. Auch die Herstellung des gewünschten begrünten Gleiskörpers kann nach wie vor erfolgen."

Auf die nachgefragten Bäume und die Straßenbahnhaltestelle am Griechischen Platz wurde gar nicht erst eingegangen. Auch wenn die Senatsverwaltung mir in meiner letzten Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Art der Bürgerbeteiligung widerspricht, komme ich zum Schluss: Diese Bürgerbeteiligung war in ganz weiten Teilen überflüssig und die Menschen und auch der Abgeordnete wurden getäuscht. Diese Art der Politik lehne ich ab!

Plätzchen und Politik

JETZT anmelden für den Besuch im Abgeordnetenhaus



Im September und Oktober lud ich Sie ein zu Spaziergängen durch unsere Kieze. In der dunklen und kalten Jahreszeit möchte ich Sie zu zwei Führungen durch das Abgeordnetenhaus sowie zu Kaffee, Tee und Plätzchen einladen.

Gern zeige ich Ihnen das Parlament, erkläre Ihnen die Abläufe und Gepflogenheiten und plaudere aus dem Nähkästchen. Nach dem Rundgang haben wir natürlich noch Zeit zur Beantwortung all Ihrer Fragen.

Insgesamt sollten Sie für Ihren Besuch zwei Stunden Zeit einplanen. Melden Sie sich jetzt für einen der folgenden Termine an. Die Platzzahl ist auf 15 Personen beschränkt.

Mittwoch, 29. November, 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 20. Dezember, 18 bis 20 Uhr

Der Treffpunkt ist jeweils vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5.

WICHTIG: Anmeldung per Mail, WhatsApp oder Telefon erbeten!

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:

Abgeordnetenhaus
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030 / 23 25 22 90

Kiez Büro:

AnsprechBar
Siemensstraße 15
12459 Berlin
Tel.: 030 / 40 74 22 73

Öffnungszeiten:

Montag: 10 bis 18 Uhr
Dienstag: 10 bis 15 Uhr
Mittwoch: 10 bis 18 Uhr
Donnerstag: 10 bis 15 Uhr

Oder direkt unter 0179 / 39 34 615 (auch WhatsApp, Telegram, Signal)
lars.duesterhoeft@spd.parlament-berlin.de | www.lars-duesterhoeft.de

Ansprechbar

Zeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin

Ausgabe 4. Quartal 2023



Produziert mit Co2-Ausgleich

Wenn die Miete zur Bedrohung wird

Was die Politik gegen die steigenden Nebenkosten tut

Viele von Ihnen haben schon die Betriebskostenabrechnung erhalten, andere warten noch auf diese. Mir sind Fälle bekannt, in denen bis zu 1500 Euro Heizkosten nachgezahlt werden müssen. Ebenso gibt es Beispiele aus unserem Kiez, in denen die Mieterinnen und Mieter durch eine erhöhte Vorauszahlung nun sogar ein Gut haben haben und die Miete im kommenden Jahr sinkt.

Wichtig ist: Sie sind nicht allein mit Ihren Sorgen! Und Sie bekommen Rat und Hilfe, wenn Sie diese benötigen. In Treptow-Köpenick gibt es zwei kostenlose Beratungsstellen, bei denen Sie Ihre Abrechnung zur Prüfung vorlegen können:

- Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4: An jedem Dienstag, 11 bis 14 Uhr. Eine vorherige Terminvereinbarung ist notwendig. Die Beratungsstelle ist erreichbar unter 030 / 2934310.
- Bürgerhaus Altglienicke, Ortolfstraße 125: An jedem 2. Donnerstag im Monat, 10 bis 12 Uhr. Eine Terminvereinbarung ist nicht notwendig.

Wenn Sie Energieschulden haben, welche zu einer Stromsperrre führen, können Sie auch eine einmalige Zahlung aus dem Berliner Härtefallfonds beantragen. Weitere Informationen finden Sie unter: <https://service.berlin.de/dienstleistung/331644/>

Wir Sozialdemokrinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass die Landesunternehmen keine weiteren Preiserhöhungen durchführen dürfen. Hier von ausgenommen sollen Erhöhungen sind, welche zwingend erforderlich sind und durch den Senat genehmigt wurden. Des Weiteren kämpfen wir auf Bundesebene für eine Übergewinnsteuer. Im Zuge der Inflation haben einige Unternehmen enorm große Gewinne zulasten der Bürgerinnen und Bürger eingefahren. Das wollen wir nicht hinnehmen.

Und selbstverständlich bekommen Sie auch in meinem Büro Hilfe. Die nächsten beiden kostenfreien Rechtsberatungen sind am 8. November, ab 16:30 Uhr, und am 12. Dezember, ab 17:30 Uhr.

Ihr Lars Düsterhöft

Für weniger als 1 Euro pro Tag durch Berlin

2024 kommt das 29-Euro-Ticket zurück



Versprochen. Gehalten! Ab voraussichtlich April 2024 kommt das 29-Euro-Ticket für den Tarifbereich AB zurück. Damit entlastet die SPD die Berlinerinnen und Berliner und setzt einen starken Anreiz, das Auto stehen zu lassen und dauerhaft auf den ÖPNV umzusteigen.

„Was interessiert die ihr Geschwätz von gestern?“ so eine gängige Behauptung bezüglich der Vorhaben und Versprechen der Parteien im Wahlkampf. Doch die SPD liefert. Zwar wird im Januar 2024 der Preis eines Einzeltickets im Berliner ÖPNV wieder erhöht, die Berlinerinnen und Berliner werden mit dem 29-Euro-Ticket aber massiv entlastet. Vielfahrerinnen und Vielfahrer werden also entlastet, während beispielsweise Touristen mehr zahlen.

Und auch das 9-Euro-Sozialticket bleibt für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen selbstverständlich erhalten! Für die Wege über die Stadtgrenzen hinaus gibt es nach wie vor das 49-Euro-Ticket, sodass es auch für Pendlerinnen und Pendler aus Brandenburg eine günsti-

ge Alternative zum eigenen Auto gibt.

Überall dort, wo die Preise durch die Berliner Landespolitik beeinflusst werden können, ist die Stadt günstig bzw. wichtige Leistungen gänzlich kostenfrei. Besonders Familien und Kinder werden unterstützt. So gibt es in Berlin kostenlose Kitabetreuung, kostenfreies Mittagessen in den Grundschulen, kostenfreie Lernmittel für die Klassenstufen 1 bis 6 und eine kostenfreie Hortbetreuung bis Klasse 3. Bis zum 16. Lebensjahr ist der Berliner ÖPNV gänzlich kostenlos, für alle die älter sind, greift ab 2024 wieder das 29-Euro-Ticket.

Kritiker aus Reihen der CDU und AfD weisen gern darauf hin, dass diese Entlastungen auch alle durch die Berliner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bezahlt werden müssen. Im Allgemeinen stimmt dies natürlich. Vergessen wird aber, dass so auch die Steuern der starken Berliner Wirtschaft sowie ein Teil der Einnahmen des Tourismus den Berlinerinnen und Berlinern wieder zugute kommt. Das nenne ich eine gute und sinnvolle Umverteilung.

Unzufrieden mit der Regierung?

Meine Gedanken zum Erstarken der AfD

Gefühlt war der Frust auf „die da oben“ noch nie so groß. Die Unsicherheit angesichts von Kriegen, Inflation, Energie- und Klimakrise ist groß und die Nachwirkungen der Pandemie sind noch immer zu spüren. Da mag es nicht verwundern, dass eine Partei so stark ist wie nie. Nicht nur im Osten des Landes ist die AfD besonders erfolgreich, auch bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen konnte sie kräftig zulegen. Aber ist die AfD denn wirklich eine „Alternative“, was würde sich ändern, welchen Einfluss hätte eine AfD geführte Regierung auf die Wählerinnen und Wähler der AfD?

Im August hat das Deutsche Institut für Wirtschaft DIW eine Studie zu den Zielen der AfD veröffentlicht. Titel der Studie: „Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wählerinnen und Wähler.“ Die Studie kommt zu dem Schluss, dass genau diejenigen, die ihre Stimme dieser Partei geben, in nahezu jedem Politikbereich am meisten unter ihr leiden würden.

Die AfD steht für eine extrem neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, d.h. sie will den freien Markt größtenteils sich selbst überlassen, wenig bis gar nichts regulieren, Privatisierungen vorantreiben und staatliche Sozialleistungen reduzieren! Die Erbschaftssteuer findet die AfD überflüssig, genauso höhere Steuern für Reiche. Den Solidaritätszuschlag für Spitzenverdienende? Weg damit. Bei den Sozialleistungen soll es – ginge es nach der AfD – massive Einschnitte geben: weniger Bür-

gergeld und eine Begrenzung auf 6 Monate, eine Arbeitspflicht für Arbeitslose, keine Erhöhungen des Mindestlohns, weniger Rechte für Mieterinnen und Mieter.

Aber gegen den Klimawandel möchte die AfD doch sicher etwas tun? Den halten große Teile der Partei sogar für nicht existent! Kohleausstieg? Nein Danke. Weniger Verbrenner? Pfui Teufel. Viele Dinge, die etwas zum Umweltschutz beitragen könnten, lehnt die AfD ab. Bei vielen Themen erleben wir eine Polarisierung der Meinungen, bei der die unterschiedlichen Meinungen immer weiter auseinanderdriften. Es gibt dann nur noch die eine oder die andere Seite. Ein Austausch wird immer schwerer.

Diese Spaltung ist Ziel der AfD. Dazu gehört neben der Fokussierung auf bestimmte Themenfelder auch die Verbreitung von Fehlinformationen. Während vermeintlich vorgegeben wird, die Anliegen besorgter Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, werden Ängste geschürt. Dieses Vorgehen bedroht das gesellschaftliche Miteinander. Dass die AfD ganz nebenbei vor allem die Rechte und die Freiheiten von Minderheiten beschneiden will, fällt da gar nicht mehr so sehr auf. Und zu guter Letzt – und das darf nicht unerwähnt bleiben – wer die AfD wählt, gibt seine Stimme Rechtspopulisten. Eine Abgrenzung nach ganz rechts außen ist nie glaubhaft erfolgt. Das heißt nicht, dass alle AfD-Mitglieder Nazis sind. Aber man darf nicht verschweigen, welche Ideologie dahintersteht.

Demo für mehr Sicherheit an der Wuhlheide

Nach 14 Jahren erklärt sich die Senatsverwaltung für unzuständig



Seit 2009 bemühen sich die Politikerinnen und Politiker in Treptow-Köpenick um eine Verbesserung der Querungsmöglichkeiten an der Straße An der Wuhlheide. Nach 14 Jahren erklärt sich nun die Senatsverwaltung für Verkehr für unzuständig.

2009 und 2014 beschloss das Treptow-Köpenicker Bezirksparlament, dass an der Ecke Firlstraße / An der Wuhlheide eine Bedarfsampel errichtet werden soll. Die Antworten der Senatsverwaltung: Kein Bedarf.

Seit 2016 kümmere ich mich als Abgeordneter um das Thema. In drei schriftlichen Anfragen thematisierte ich die Situation an den Ecken Firlstraße, Rathenastraße und Steffelbauerstraße. Denn an allen Ecken gibt es für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie für Autofahrerinnen und Autofahrer ein Problem. Abhängig von den gerade parkenden Fahrzeugen kann der fließende Verkehr nur sehr schwer und spät gesehen werden. Heikle Situationen sind an der Tagesordnung.

Doch die Reaktionen der zuständigen Senatsverwaltung waren immer gleich: Kein Bedarf. Selbst als ich an den drei Ecken nur Gehwegvorstreckungen hin zur ersten Fahrspur sowie Halteverbote forderte, um die Kreuzungsbereiche frei zu halten, war die Antwort: Kein Bedarf.

Deshalb lud ich am 28. September 2023 zu einer Demonstration. Rund 100 Anwohnerinnen und Anwohner beteiligten sich und zeigten, dass die Probleme nicht nur von mir gesehen werden. Anstatt das Anliegen ernst zu nehmen, teilte die Senatsverwaltung auf Anfrage der RBB-Abendschau mit, die Senatsverwaltung sei nicht einmal zuständig. Zudem hätten die Beschlüsse und Anfragen nicht dazu geführt, dass das Thema in der Verwaltung bekannt sei!

Für mich ist diese Missachtung der gewählten Bezirksverordneten und meiner Person unfassbar. Die Bezirksverordneten der SPD werden nun einen neuen Antrag ins Bezirksparlament einbringen, der den Bezirk beauftragt, tätig zu werden.